

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

30 Pfennig

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn-, Festtags und Montags nur einmal. Sonntags die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurszettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatlich 15 Mark durch eigene Boten täglich frei ins Haus; durch die Post 14 Mark (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 3 Mark u. 66²/₃ % Teuerungszuschlag, Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortlich für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech - Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11800 bis 11852, sowie 15277 und 15281 bis 15286. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 664.

Die Ernährungskonferenz in London

Ämtliche Meldung.

Der Reichsminister Dr. Hermes ist mit Geheimrat Merz, der ihn begleitet hatte, von der Konferenz in London gestern Morgen zurückgekehrt. Die ursprüngliche Absicht, eine gemeinsame Konferenz der alliierten Mächte und Deutschlands zu veranstalten, hat infolge unvorhergesehener Umstände in letzter Stunde nicht verwirklicht werden können. Trotzdem hatte die englische Regierung die Einladung an die deutsche Regierung zu der Londoner Zusammenkunft aufrecht erhalten in der Erwägung, daß eine gemeinsame Aussprache zwischen dem englischen und deutschen Ernährungsministerium über die Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungslage Deutschlands von Vorteil sein würde. Dieser englisch-deutschen Ernährungskonferenz, die unter dem Vorsitz des englischen Ernährungsministers Mac Curdy stattfand, und an der auch der deutsche Geschäftsträger Stahmer teilnahm, wohnten auch Vertreter Frankreichs, Italiens und Belgiens zu informativem Zweck bei.

In der Besprechung am 24. August wies Dr. Hermes darauf hin, daß eine Besserung der Ernährung nur möglich sei durch eine wesentliche Verstärkung der Nahrungsmittelzufuhr aus dem Ausland. Diese habe aber zur Voraussetzung die schnellste Bereitstellung der in Ziffer VI des Anhangs zum Protokoll der Konferenz von Spa vom 16. Juli 1920 festgesetzten Vorschlässe durch die Alliierten Mächte und zwar zu Bedingungen, die eine dauernde Hebung der Ernährungslage des deutschen Volkes gestatteten.

Minister Mac Curdy erklärte sich bereit, auf die beschleunigte Regelung der Frage der Vorschlässe durch die Reparationskommission, zu deren ausschließlicher Zuständigkeit diese Frage gehört, hinzuwirken.

Die weitere Aussprache über die nächsten Einfuhrbedürfnisse Deutschlands wurde von Reichsminister Dr. Hermes mit der grundsätzlichen Darlegung eingeleitet, daß Deutschland neben der Einfuhr von Nahrungsmitteln auch auf diejenige von Rohstoffen für die Landwirtschaft Gewicht legen müsse. Diese Auffassung wurde von den Vertretern des englischen Ernährungsministeriums anerkannt.

Ueber die Lage auf den wichtigsten Gebieten der deutschen Ernährungswirtschaft erfolgte eine eingehende Besprechung am zweiten Tage der Konferenz innerhalb kleinerer, aus Vertretern der beiden Ministerien und Sachverständigen gebildeten Kommissionen. „Die englisch-deutsche Ernährungskonferenz war“, so heißt es in der ämtlichen Mitteilung, „beiderseits von Willen zu positiver Zusammenarbeit getragen und verdient als erster Versuch eines persönlichen Gedankenaustausches zwischen den Ernährungsministern Englands und Deutschlands Beachtung“, zumal die anderen nächstbeteiligten Mächte Kenntnis von den Verhandlungen genommen haben. Die auf der Londoner Konferenz behandelten Fragen werden voraussichtlich Gegenstand weiterer Beratungen sein, an denen dann hoffentlich die bisher nur informatorisch vertretenen Staaten tätigen Anteil haben werden.

Die Neugliederung des Reichs.

Preußens passive Resistenz.

Am 14. August 1921 läuft die Sperrfrist ab, die in der Reichsverfassung vorgeschrieben ist, bevor das Recht der einzelnen Glieder, sich durch Volksabstimmung neu zu gruppieren, in Wirksamkeit tritt. Die preußische Regierung sieht diesem Termin in der Hoffnung entgegen, durch passive Resistenz es irgendwie erreichen zu können, daß alles beim alten bleibt. Die Regierung Braun-Covering setzt die Tradition des alten preußischen Landtags getreulich fort.

Unter diesen Umständen haben die Vermittlungsversuche, wie sie der Staatskommissar Drews, der frühere Minister des Innern, anstrebt, wenig Aussicht auf Verwirklichung. Drews will durch Uebertragung eines großen Teils der staatlichen Aufgaben an die Provinzen diese zu leistungsfähigen Selbstverwaltungskörpern ausbauen und dadurch den Zerfall Preußens wenn auch nicht gänzlich verhindern, so doch mindestens aufhalten und verlangsamen. Aber Braun und Covering und die sozialdemokratischen Parteiorganisationen klammern sich an den preußischen Zentralismus, den sie von den Konservativen übernommen haben, und versuchen, der natürlichen Entwicklung entgegen, ihn noch zu verschärfen.

Unter diesen Umständen sorgt Preußen selbst dafür, daß der Bruch mit der Vergangenheit gründlicher und radikaler erfolgt, als es sonst vielleicht der Fall wäre. Wir halten das für keinen Nachteil. Die Provinzial-Autonomie und ihre allmähliche Ausgestaltung zur Länder-Autonomie würde nicht zu der organischen Neugliederung des Reiches führen, die unter Wahrung der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenhänge große leistungsfähige Selbstverwaltungskörper schafft, ohne Rücksicht auf die Zufälligkeiten der historischen Grenzen, die durch dynastische Interessen und kriegerische Entscheidungen gezogen wurden. Diese organische Lösung darf nicht ohne Plan und Zusammenhang auf Grund rein lokaler Erwägungen und Bedürfnisse erfolgen. Deshalb ist zu wünschen, daß die Zentralstelle, die im Reichsmini-

sterium des Innern geschaffen werden soll, sich von großen Gesichtspunkten leiten läßt und es versteht, für diese Gesichtspunkte die Unterstützung des deutschen Volkes zu gewinnen.

Der Kampf gegen die Steuerfabrikation

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

Stuttgart, 28. August.

Der wegen des Steuerabzugs in Stuttgart proklamierte verschärfte Generalstreik hat, wie wir bereits gemeldet haben, heute früh seinen Anfang genommen. In Ravensberg, wo der Generalstreik ebenfalls ausgerufen wurde, wird er nicht voll durchgeführt. In Friedrichshafen wurde er abgelehnt. In Heilbronn dagegen ist er seit Vormittag im Gange, die Eisenbahner und Betriebswerkstätten aber haben den Streik mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. In Untertürkheim haben die Arbeiter den Bahnhof besetzt, sie wurden aber alsbald von der Polizeiwache vertrieben. In Kornwestheim stürmten Arbeiter der Schuhfabriken den Bahnhof. Mit Hilfe der Polizeikräfte wurde er gesäubert und besetzt und die Räubersführer verhaftet. In den Restaurants und Läden Stuttgarts treten Angehörige des Streik-Komitees auf, die unter Androhung von Gewalt die Schließung der Lokale von morgen früh ab verlangen.

Auf die von einer Abordnung des Aktionsausschusses der Gewerkschaften und Betriebsräte vorgelegten Forderungen hat die Regierung heute folgende schriftliche Antwort erteilt: „Die Regierung verlangt die bedingungslose Anerkennung des gesetzlich vorgeschriebenen Steuerabzuges vom Lohn. Vor dieser Anerkennung ist eine Zurückziehung der Polizeiwache und Wiedereröffnung der geschlossenen Betriebe ausgeschlossen. Die Arbeitnehmer haben in den stillgelegten Betrieben den den Arbeitgebern gesetzlich vorgeschriebenen Steuerabzug durch Gewalt oder Androhung von Gewalt verhindert; sie haben dadurch einen gesetzlichen Grund zur sofortigen Entlassung durch die Arbeitgeber geschaffen. Die Streikenden haben ohnehin keinen Anspruch auf Lohn während der Streiktage. Die Regierung hat daher die Forderung der Erstattung des Lohnausfalls nicht anzuerkennen.“

Ausnahmezustand in Breslau?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Breslau, 28. August.

Wegen der Unsicherheit in Breslau infolge der Vorgänge in Oberschlesien haben sich die Vertreter der Behörden mit der Frage des Ausnahmezustandes beschäftigt. Vertreter aller Parteien sind zu einer Aussprache in dieser Angelegenheit im Oberpräsidium zusammengekommen. Oberpräsident Zimmer erklärte, daß die verantwortlichen Beamten in Stadt und Provinz sich genötigt sehen, bei der Regierung den Ausnahmezustand zu erwirken. Man müsse alles versuchen, um den interalliierten Kommissionen den nötigen Schutz zu verschaffen. Auch innerpolitische Gründe veranlassen diese Maßnahme, denn es gebe kein anderes Mittel, um all der dunklen Elemente Herr zu werden, die sich jetzt als „Flüchtlinge aus Oberschlesien“ bemerkbar machen und die Volksmassen zu wahn sinnigen Handlungen aufpeitschen.

Der Chef der Heeresleitung, General von Seeck, ist heute Sonnabend vormittag in Breslau eingetroffen. Es fand eine Truppenübung der Garnison Breslau statt.

(Siehe auch vierte Seite.)

Putschversuche in Italien?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Rom, 27. August.

Das „Giornale d'Italia“ will wissen, daß Cioitti seine Kollegen darauf aufmerksam gemacht habe, daß infolge der zwischen den italienischen Abgesandten in Rußland und Lenin getroffenen Vereinbarungen wahrscheinlich baldigst neue Putschversuche in Italien zu erwarten seien. Er forderte sie auf, rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Die Zeitungen fragen weiter, ob es wahr sei, daß eine Abordnung der Bolschewisten den Besuch der sozialistischen Abgeordneten in Italien erwidern werden; sie warnen die Regierung, die Einreisebewilligung zu erteilen.

Der albanisch-südslawische Streit.

London, 27. August. (Reuter.)

Die jugoslawische Regierung hat die Vereinigten Staaten aufgefordert, Vertreter für die alliierte Kommission zu ernennen, die über den Streit zwischen Albanien und Jugoslawien eine Untersuchung anstellen soll. Ein ähnliches Ersuchen wird auch an England, Frankreich und Italien gerichtet werden.

Lazarettinassen.

Von

Professor Dr. Rudolf Lemhoff,
Ober-Regierungs-Medizinalrat.

Früher hießen sie Patienten. Seit der Entmilitarisierung der Lazarette und deren Unterstellung unter das Arbeitsministerium heißen sie Lazarettinassen. Das Wort bedeutet aber keine einfache Verdeutschung, sondern einen anderen Begriff. Die meisten Lazarettinassen wollen gar nicht mehr als „Patienten“ gelten.

Das begann schon mit der Revolution. Das plötzliche Aufheben der Staatsautorität hatte zunächst auch eine Auflehnung gegen die ärztliche Autorität zur Folge. Deren Wiederherstellung wurde um so schwieriger, als sich von Monat zu Monat die Schichtung der Patienten gegenüber der eigentlichen Kriegszeit wesentlich änderte. Neben den Kranken und Verwundeten des alten Heeres in buntem Wechsel republikanische Soldatenwehr, Marineteilungen, Freikorps aller Art. Uniform trug, wer wollte, Schwindler, die nie Soldaten gewesen waren, machten sich das Durcheinander zunutze, besorgten sich irgendeinen Ausweis und verstanden es, in Lazaretten Kost und Wohnung und Gelegenheit zu allen möglichen Schwindeleien zu erlangen. Dieser Zustand verlängerte und steigerte sich von neuem, als die Kriegsgefangenen zurückkehrten. Zahllose Schwindler und Schieber erschlichen sich Lazarettaufnahme, um die Gebühren der Gefangenen zu erhalten und zugleich einen unverdächtigen Stützpunkt für allerlei unlautere Machenschaften zu haben. Erst vor wenigen Tagen berichteten die Zeitungen von der Entlarvung eines Schwindlers, der sich einem hochadligen Namen beigelegt hatte. Monatelang hatte dieser Mann immer von neuem Lazarettaufnahme zu erwirken vermocht, obwohl ich mehrfach seine Verhaftung veranlaßt hatte.

Es konnte nicht ausbleiben, daß die eigentliche Kriegsbeschädigten in einen Zustand steigender seelischer Erregbarkeit gerieten. Geistig Minderwertige von großer Beredsamkeit und ohne logische Hemmungen peitschten sie auf. Kaltblütiger Politiker — man braucht nur an die Vorgänge bei der Ermordung des sächsischen Kriegsministers Neuring zu erinnern — nutzten sie für ihre Zwecke aus. Es bildeten sich in kurzer Folge Vereinigungen zur Vertretung der gemeinsamen Interessen der Kriegsbeschädigten. Sie haben auf dem Wege der Organisation Bedeutsames für sie erreicht. Aber da sie sich untereinander befehdeten, brachten sie Parteigeuer unter die Inassen der Lazarette und dadurch eine Steigerung der Reizbarkeit. Gar mancher spielte auch mit wohl überlegter Absicht den Gereizten, wenn er den Lazarettaufenthalt gar nicht mehr nötig hatte, aber ihn mit allen Künsten zu verlängern versuchte, weil er den Weg in ein geordnetes Berufsleben nicht zurückfinden wollte.

Die ernsthaft Kranken und Verwundeten sind durch alles das schwer geschädigt worden. Die stets angenehm empfundene freie Liebestätigkeit in den Lazaretten hörte fast mit einem Schlage auf. Künstler, die freiwillig ohne Entschädigung in den Lazaretten gespielt und gesungen hatten, fühlten sich vergrämt. Mancher Lazarettinasse erlitt persönlichen Schaden, indem er in altem Kameradschaftsgeist die scheinheiligen Schwindler mit Geld unterstützte, oder ihnen Kleider und andere Gegenstände lieh, die er niemals wieder sah. Das Treiben der Unlauteren erschwerte auch für die andern die Erreichung berechtigter Forderungen.

Die Mehrzahl der noch bestehenden Lazarette unterscheidet sich in ihrer ganzen Wesenheit erheblich von der der Kriegsjahre und von der anderer Krankenanstalten. Im Wesen des Krankenhauses liegt der ständige Zugang neuer Kranker, der ständige Abgang ebensoviele Geheilter oder Geheilte und die Einstellung des gesamten Betriebes auf die Behandlung und die Bedürfnisse mehr oder weniger Schwerkranker. Die jetzigen Lazarette haben einen eigentlichen Zugang überhaupt nicht mehr. Abgesehen von der verhältnismäßig geringen Zahl Beschädigter aus den Straßenkämpfen, dem Grenzschutz und dem Balkikum stammt die jüngste Generation der Lazarettinassen aus dem Herbst 1918. Bei vielen liegt die Zeit der Aufnahme noch um mehrere Jahre weiter zurück. Die große Mehrzahl sind ehemalige Verwundete. Weit geringer ist die Zahl derer, die noch wegen im Kriege erworbener Lungen- oder Knochentuberkulose, Nierentränkheiten, Magenkrankheiten, Malaria und dergleichen in den Lazaretten liegen oder Rückfalls halber in sie zurückkehren. Ein gut Teil von diesen kann noch als Kranke im üblichen Krankenhaus sinne betrachtet werden. Nicht so die Mehrzahl der ehemaligen Verwundeten. Im rein körperlichen Sinne sind die meisten geheilt. Ihr Aufenthalt in der Krankenanstalt hat dann mehr soziale als gesundheitliche Gründe. Nicht gering ist z. B. die Zahl der Kopfverletzten mit entstelltem Gesicht. Würden sie einzeln von der Umwelt abgetrennt leben können, dann bedürften sie keiner weiteren Behandlung. Da sie aber in der Volksgemeinschaft leben müssen, so ist es Aufgabe des Arztes, durch in einzelnen Abschnitten